

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/6777

"Entschädigung für deutsche und bayerische Zwangsarbeiter"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/6777 vom 02.06.2015
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/8168 des SO vom 29.09.2015
3. Beschluss des Plenums 17/8389 vom 15.10.2015
4. Plenarprotokoll Nr. 54 vom 15.10.2015



## **Antrag**

der Abgeordneten **Josef Zellmeier, Joachim Unterländer, Petra Guttenberger, Hans Herold, Dr. Gerhard Hopp, Oliver Jörg, Andreas Lorenz, Martin Neumeyer, Helmut Radlmeier, Bernhard Seidenath, Reserl Sem, Sylvia Stierstorfer, Peter Tomaschko, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Peter Winter, Mechthilde Wittmann CSU**

### **Entschädigung für deutsche und bayerische Zwangsarbeiter**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag dankt der Staatsregierung für den geleisteten Einsatz für Deutsche, die während und nach dem Zweiten Weltkrieg als Zwangsarbeiter Opfer großen Unrechts wurden. Die bisherigen Bemühungen, eine Entschädigung für sie zu erreichen, verdienen die volle Zustimmung des Landtags.
2. Vor dem Hintergrund der Medienberichterstattung über die Absicht des Bundestags, 70 Jahre nach Kriegsende überlebenden sowjetischen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs eine Entschädigung zu zahlen, sollte auch für deutsche Zwangsarbeiter ein neuer Anlauf zur Kompensation erlittenen Unrechts unternommen werden.

Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, sich auf Bundesebene mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass deutsche Zwangsarbeiter für das ihnen zugefügte Leid während und nach dem Zweiten Weltkrieg gebührende Anerkennung erfahren und auch eine angemessene Entschädigung erhalten. Angesichts des 70. Jahrestags des Kriegsendes ist eine solche Geste der Würdigung umso wichtiger.

### **Begründung:**

Durch den vom nationalsozialistischen Regime begonnenen Krieg erlitten viele Millionen Menschen unermessliches Leid. Unter ihnen waren auch unzählige Deutsche.

Zuvorderst ist hier Flucht und Vertreibung nach Kriegsende zu nennen, an die wir uns – dank der Staatsregierung – an einem eigenen bayerischen Gedenktag erinnern.

Viele Opfer wurden nach dem Krieg und über die letzten 70 Jahre gewürdigt und entschädigt. Mit dem im Bundestag beabsichtigten Vorstoß, auch die überlebenden sowjetischen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs einzubeziehen, ist eine weitere Gruppe von Geschädigten im Fokus der Öffentlichkeit.

Deshalb sollte die Überlegung im Bundestag auch dazu führen, an die Opfer zu denken, deren Leid bisher kaum Anerkennung gefunden hat – die deutschen Zwangsarbeiter.

Sie erlitten oft ähnliche Schicksale, wie die Zwangsarbeiter anderer Nationen, die im nationalsozialistischen Regime zur Arbeit gezwungen wurden und deren Leid – zu Recht – durch die Bundesrepublik und quer durch alle Parteien gewürdigt wird.

Im Vordergrund muss natürlich stehen, dass das deutschen Zwangsarbeitern widerfahrene Unrecht endlich anerkannt wird. Die erlittenen immateriellen, d.h. vor allem psychologischen Folgen der Zwangsarbeit können natürlich nicht mehr ausgeglichen werden, aber umso wichtiger sollte es sein, wo es möglich ist, wenigstens etwas finanzielle Entschädigung zu leisten.

Dabei sei auch daran erinnert, dass Herr Ministerpräsident Seehofer bereits auf dem Sudetendeutschen Tag in Nürnberg im Jahre 2012 auf die Problematik hingewiesen hat und sich für die deutschen Zwangsarbeiter einsetzte. Angesichts der aktuellen Entwicklung im Bundestag und des 70-jährigen Jubiläums des Kriegsendes, soll erneut versucht werden Gerechtigkeit zu erreichen.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und  
Integration**

**Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Joachim Unterländer,  
Petra Guttenberger u.a. CSU  
Drs. 17/6777**

**Entschädigung für deutsche und bayerische Zwangsarbeiter**

**I. Beschlussempfehlung:**

**Zustimmung**

Berichterstatter: **Dr. Hans Reichhart**  
Mitberichterstatter: **Dr. Hans Jürgen Fahn**

**II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 34. Sitzung am 25. Juni 2015 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 29. Sitzung am 29. September 2015 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

**Joachim Unterländer**  
Vorsitzender



## **Beschluss des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Josef Zellmeier, Joachim Unterländer, Petra Guttenberger, Hans Herold, Dr. Gerhard Hopp, Oliver Jörg, Andreas Lorenz, Martin Neumeyer, Helmut Radlmeier, Bernhard Seidenath, Reserl Sem, Sylvia Stierstorfer, Peter Tomaschko, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Peter Winter, Mechthilde Wittmann CSU**

Drs. 17/6777, 17/8168

### **Entschädigung für deutsche und bayerische Zwangsarbeiter**

1. Der Landtag dankt der Staatsregierung für den geleisteten Einsatz für Deutsche, die während und nach dem Zweiten Weltkrieg als Zwangsarbeiter Opfer großen Unrechts wurden. Die bisherigen Bemühungen, eine Entschädigung für sie zu erreichen, verdienen die volle Zustimmung des Landtags.
2. Vor dem Hintergrund der Medienberichterstattung über die Absicht des Bundestags, 70 Jahre nach Kriegsende überlebenden sowjetischen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs eine Entschädigung zu zahlen, sollte auch für deutsche Zwangsarbeiter ein neuer Anlauf zur Kompensation erlittenen Unrechts unternommen werden.

Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, sich auf Bundesebene mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass deutsche Zwangsarbeiter für das ihnen zugefügte Leid während und nach dem Zweiten Weltkrieg gebührende Anerkennung erfahren und auch eine angemessene Entschädigung erhalten. Angesichts des 70. Jahrestags des Kriegsendes ist eine solche Geste der Würdigung umso wichtiger.

Die Präsidentin  
I.V.

**Inge Aures**  
II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

**Abstimmung**

**über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsaordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden gem. § 59 Abs. 7 (Tagesordnungspunkt 4)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

**Verfassungsstreitigkeiten**

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 29. Juli 2015 (Vf. 9-VII-15) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 2 Abs. 4 des Gesetzes über die Einrichtung und die Aufgaben einer Anstalt des öffentlichen Rechts „Der Bayerische Rundfunk“ (Bayerisches Rundfunkgesetz – BayRG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Oktober 2003 (GVBl. S. 792, BayRS 2251-1-S), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 291 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl. S. 286)  
PII-G1310.15-0006  
Drs. 17/8109 (G)  
I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.  
II. Der Antrag ist unbegründet.  
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

**CSU**

**SPD**

**FREIE WÄHLER**

**GRÜ**



2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 24. Juli 2015 (Vf. 10-VII-15) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des
1. § 48 Abs. 1, des § 58 Abs. 1 Nr. 1, des § 64 Abs. 1, Abs. 3 Satz 1 Nr. 4, Abs. 6 Nrn. 1 und 4 sowie des § 66 Abs. 9 Satz 2 Nr. 4 der Schulordnung für die Mittelschulen in Bayern (Mittelschulordnung – MSO) vom 4. März 2013 (GVBI. S. 116, BayRS 2232-3-K), zuletzt geändert durch § 2 Nr. 25 des Gesetzes vom 12. Mai 2015 (GVBI. S. 82),
  2. Art. 54 Abs. 3 Satz 2 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000, zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juni 2015 (GVBI. S. 183)
- PII/G1310.15-0005  
Drs. 17/8110 (E)
- I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
  - II. Der Antrag ist unbegründet.
  - III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 24. August 2015 (Vf. 12-VII-15) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit von Art. 3 Abs. 1 Satz 2, Art. 6, 15 Abs. 1, Art. 16 Abs. 1 Satz 2, Art. 21, 22 Abs. 2 Nr. 2 und Art. 26 des Gesetzes über den Vollzug der Maßregeln der Besserung und Sicherung sowie der einstweiligen Unterbringung (Bayerisches Maßregelvollzugsgesetz – BayMRVG) vom 17. Juli 2015 (GVBI S. 222, BayRS 312-3-A)
- PII/G1310.15-00007  
Drs. 17/8111 (ENTH)

- I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<b>ENTH</b>

**Anträge**

4. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Entschädigung für deutsche und bayerische Zwangsarbeiter  
Drs. 17/5953, 17/8166 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,  
Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Berufspraktika für Asylsuchende ermöglichen  
Drs. 17/6543, 17/8167 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Joachim Unterländer,  
Petra Guttenberger u.a. CSU  
Entschädigung für deutsche und bayerische Zwangsarbeiter  
Drs. 17/6777, 17/8168 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Stimmrecht in der Frankfurter Fluglärmkommission beibehalten  
Drs. 17/6825, 17/8183 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Vereinslandschaft in Bayern schützen – Rechtssicherheit im Mindestlohnsgesetz für den Sportbereich und das Ehrenamt schaffen  
Drs. 17/6829, 17/8169 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. SPD  
Verhinderung betrügerischer Abrechnungen von Laborleistungen  
Drs. 17/6861, 17/8178 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Kathi Petersen, Johanna Werner-Muggendorfer u.a. SPD  
Betreuung von Gefangenen muslimischen Glaubens durch muslimische Geistliche in den Justizvollzugsanstalten in Bayern  
Drs. 17/6863, 17/8179 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Franz Schindler, Horst Arnold u.a. SPD  
Beschäftigungserlaubnisse für Asylbewerber und Geduldete aus sicheren Herkunftsstaaten bzw. für Asylbewerber, deren Asylantrag aus sonstigen Gründen als offensichtlich unbegründet abgelehnt worden ist  
Drs. 17/6864, 17/8180 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen u.a. SPD  
Potenziale nutzen – Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen verbessern  
Drs. 17/6865, 17/8170 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Neustrukturierung der Mitgliedschaft in der Frankfurter Fluglärmkommission nicht zu Lasten des Bayerischen Untermains  
Drs. 17/6959, 17/8184 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld u.a. SPD  
Fichtelgebirge wertschätzen – Tourismus stärken  
Drs. 17/6965, 17/8176 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bericht zur Tierzucht in Bayern  
Drs. 17/6989, 17/8240 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Michael Brückner, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer u.a. CSU  
Bericht zur Kennzeichnung von Geflügelprodukten/Stopfleber mit Zwangsernährung und zu einem möglichen Importverbot von Geflügel-Stopfleber („Foie gras“)  
Drs. 17/7000, 17/8097 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Hermann Imhof u.a. und Fraktion (CSU)  
Unabhängige Patientenberatung beibehalten  
Drs. 17/7679, 17/8082

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege,  
**der den Antrag für erledigt erklärt hat.**

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)  
Unabhängige Patientenberatung beibehalten  
Drs. 17/7680, 17/8081

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege,  
**der den Antrag für erledigt erklärt hat.**

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Unabhängige Patientenberatungsstellen sicherstellen!  
Drs. 17/7682, 17/8083

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege,  
**der den Antrag für erledigt erklärt hat.**

20. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Auffangstation Raubtier- und Exotenasy in Ansbach beim Kauf der bestehenden Anlage bzw. bei der Suche nach neuen Räumlichkeiten unterstützen  
Drs. 17/6740, 17/7832

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen,  
**der den Antrag für erledigt erklärt hat.**